

BESSERE NETZE FÜR NEUE ENERGIE*

* Fragen und Antworten zum Ausbau
der Stromnetze



Der beschleunigte Ausstieg aus der Kernenergie war nach den tragischen Ereignissen in Fukushima ein breiter gesellschaftlicher Konsens. Wir haben stets darauf hingewiesen, dass die Energiewende nicht zum Nulltarif möglich sein würde. Unser Auftrag ist nun, sie mit Augenmaß und wirtschaftlicher Vernunft umzusetzen. Der Erfolg des Netzausbaus ist dafür entscheidend. Mit dem Nationalen Netzentwicklungsplan gelingt ein Meilenstein für den kosteneffizienten und sicheren Umbau der Energieversorgung.

WARUM BRAUCHEN WIR DEN NETZAUSBAU?

Der Netzausbau ist für das Gelingen der Energiewende bis 2022 entscheidend. So soll Energie aus Regionen, in denen Strom im Überschuss produziert wird, über Höchstspannungsgleichstromleitungen – kurz Stromautobahnen – auch zu entfernten Verbrauchern transportiert werden. Deshalb müssen konventionelle wie Erneuerbare Energien künftig besser in die Netzstrukturen integriert werden. Auch die Netzstabilität ist entscheidend von der Energieinfrastruktur abhängig. Schon geringe Schwankungen der produzierten Strommenge können zu Einspeiseproblemen bis hin zum Verlust des erzeugten Stroms führen.

WAS IST DER NATIONALE NETZENTWICKLUNGSPLAN?

Die vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber haben gemeinsam einen Entwurf für einen Netzentwicklungsplan erstellt. Der Plan enthält wirksame Maßnahmen zur bedarfsgerechten Optimierung, zur Verstärkung und zum Ausbau des Netzes. Danach sollen 2.900 Kilometer bestehende Leitungen ausgebaut und ebenso viele Kilometer Neubautrassen angelegt werden. Die Bundesnetzagentur hat den Entwurf geprüft und drei von vier beantragten Stromautobahnen in den Nationalen Netzentwicklungsplan übernommen. Insgesamt sind 53 Maßnahmen für die nächsten zehn Jahre im Entwicklungsplan vorgesehen.

KANN DER PLAN ZÜGIG UMGESETZT WERDEN?

Zur Umsetzung des Plans will Schwarz-Gelb noch in diesem Jahr den Entwurf für das Bundesbedarfsgesetz vorlegen. Der Netzentwicklungsplan ist ein Meilenstein für den Umbau der Energieversorgung. Deshalb ist ein geschlossenes Vorgehen von Bund und Ländern ohne politische Blockaden notwendig. Gleichzeitig braucht der Ausbau eine hohe Akzeptanz

und Beteiligung der Bevölkerung. Deshalb sollen die Bürger in den Prozess des Netzausbaus eingebunden bleiben. Bisher wurden bereits 3.500 Eingaben über moderne Onlinebeteiligungsinstrumente berücksichtigt und auch die Auswirkungen auf die Umwelt durch eine strategische Umweltprüfung minimiert. So wollen wir die bisherigen Planungs- und Bauzeiten der Netze von ca. 10 Jahren auf etwa 4 Jahre reduzieren.

WERDEN DIE STROMKOSTEN STEIGEN?

Um das ehrgeizige Ziel der Energiewende zu erreichen, sind Anstrengungen aller Beteiligten erforderlich. Für den Ausbau der Infrastruktur benötigen wir auch private Investoren. Das gilt besonders für den Ausbau der leistungsstarken Offshore-Windparks. Bislang hielten sich viele Investoren zurück – aus Furcht vor Schadensersatzforderungen in Millionenhöhe, falls die Netzanbindung langsamer umgesetzt wird als die Errichtung der Offshore-Anlagen. Mit den neuen Haftungsregeln wird dieses Problem beim Offshore-Ausbau beseitigt: Demnach sollen die Betreiber der Stromnetze den Investoren Entschädigungen zahlen, wenn eine fertiggestellte Offshore-Anlage nicht in Betrieb gehen kann, weil die nötige Netzanbindung fehlt. Das schafft Klarheit und Planungssicherheit für Investoren. Diese Kosten würden zwar auf den Strompreis umgelegt – das ist aber einer Haftung der Steuerzahler vorzuziehen. Zudem haben wir die Mehrkosten auf 0,25 Cent je Kilowattstunde gedeckelt. Und diese Teuerung kann mit einem zügigen Ausbau der Netze vermieden werden.

Der größte Kostentreiber der Energiewende bleibt das bisherige Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Deshalb wollen wir das Gesetz grundlegend reformieren und die Erneuerbaren Energien zügig von der Plan- in die Marktwirtschaft überführen.

Wir wollen die Energiewende so versorgungssicher, umweltverträglich und kosteneffizient wie möglich gestalten – für die Verbraucher und für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Stand: November 2012

Wir halten Deutschland
auf Wachstumskurs.

www.FDP.de

